

• Juni 1993

**Konzept für die
entwicklungspolitische
Zusammenarbeit**

**mit den Ländern des Nahen Ostens
und des südlichen und östlichen
Mittelmeerraumes**

Z
1396
(25)

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung
Referat Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Friedrich-Ebert-Allee 114-116, 53113 Bonn,
Tel.: (0228) 535-451/-452, Fax: (0228) 53 58 61

Bundesministerium
für wirtschaftliche
Zusammenarbeit
und Entwicklung



Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Zielsetzung und allgemeiner politischer Rahmen	3
II. Armut und Überfluß in der Region, der Islam als Klammer	6
III. Kernprobleme der Entwicklung:	
- Stagnierende Volkswirtschaften	7
- Bevölkerungszuwachs*	8
- Arbeitslosigkeit und Mobilität von Arbeitskräften	8
- Sozialentwicklung	9
- Wassermangel und Umweltzerstörung	10
- Politische Partizipation und Menschenrechte	11
IV. Entwicklungspolitische Ansatz für die Zusammenarbeit mit den Ländern der Region:	
- Größenordnung der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit	12
- Entwicklungszusammenarbeit als Friedensbeitrag	12
- Differenziertes Angebot an die Partner	13
- Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit:	14
(a) Bekämpfung von Armut, Arbeitslosigkeit und Migrationsursachen; Bevölkerungspolitik, Drogenfragen	15
(b) Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit, Abbau von Staatswirtschaft	17
(c) Aufbau eines effizienten und für die Länder finanzierbaren Bildungs- und Ausbildungswesens	18
(d) Förderung von Maßnahmen zu verantwortungsbewußtem Umgang mit den natürlichen Ressourcen, vor allem mit der knappen Ressource Wasser; Schutz der Umwelt	19
(e) Unterstützung bei der Schaffung und dem Aufbau demokratischer Strukturen	21
- Geberkoordinierung und Beitrag des nicht-staatlichen Bereichs	22
V. Zusammenfassung	23

I. Zielsetzung und allgemeiner politischer Rahmen

1. Nach dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch des Kommunismus im früheren Ostblock gewinnt das Beziehungsgeflecht zwischen regionalen Herausforderungen, Sicherheitsinteressen und Entwicklungszusammenarbeit zunehmend an Gewicht. Zu den bilateralen entwicklungspolitischen Beziehungen tritt eine sich verstärkende regionale Komponente hinzu. Beiträge zur Lösung länderübergreifender Probleme werden vor allem für das Verhältnis der Staaten der Region Naher Osten/südlicher und östlicher Mittelmeerraum untereinander einen deutlich höheren Stellenwert als bisher erhalten. Die Ausbreitung der Armut bei extrem ungleicher Einkommensverteilung, das überproportionale Bevölkerungswachstum, die Übernutzung von Wasservorräten, exzessive Militärausgaben, wachsende Drogenprobleme, Flüchtlingsströme und wirtschaftlich bedingte Wanderungsbewegungen haben alle eine wesentliche regionale Bedeutung. Gleichzeitig sind die Entwicklungsprobleme der Länder in eine Mischung von innen- und außenpolitischen, sicherheitspolitischen, ökonomischen, sozialen und sozio-kulturellen Faktoren eingebettet.

Auf dieses Spannungsfeld muß sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit nachhaltiger als in der Vergangenheit einstellen. Hierfür soll das vorliegende Regionalkonzept den Handlungsrahmen liefern. Es ist die Brücke zwischen dem entwicklungspolitischen Konzept der Bundesregierung und den länderspezifischen Politikpapieren des BMZ, die ihrerseits für die konkrete Ausformung der Entwicklungszusammenarbeit mit den Partnern in der Region maßgebend sind. Die länderübergreifende Betrachtung will wichtige regionalspezifische Entwicklungsprobleme und die daraus resultierenden Schwerpunkte aufzeigen, die Entwicklung einer mittelfristigen Kooperationsperspektive für die einzelnen Länder erleichtern helfen und die Aktivitäten des BMZ gegenüber der Region in der Öffentlichkeit verdeutlichen.

2. Für die Zwecke dieses Regionalkonzepts ist geografisch ein Gebiet angesprochen, das von Marokko im Westen bis zum Iran im Osten reicht und den Sudan, Israel, Jordanien und die Türkei, nicht aber Äthiopien, Dschibuti und Somalia umfaßt. Ein Großteil dieser Länder gehört zu den Nachbarn Europas bzw. liegt vor seiner Haustür, wie Marokko 14 km vor Gibraltar. Mit ihnen gibt es seit Jahrhunderten vielfältige politische, wirtschaftliche und kulturelle Bindungen. Aber auch die übrigen Länder sind Teil unserer gemeinsamen Geschichte bis in die jüngste Zeit. Es besteht daher ein vitales Interesse an ihrer Sicherheit, Stabilität und Entwicklung sowie an der Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen.

3. Zugleich ist der Region eine weltpolitische und eine weltwirtschaftliche Dimension zugefallen. Weltpolitisch hat der nunmehr über vierzigjährige Konflikt zwischen Israel und den arabischen Staaten die Geschichte vor allem des Nahen Ostens geprägt und dazu geführt, daß die USA und die ehemalige Sowjetunion ihre Einflusssphären nach dorthin ausgedehnt und die Region jahrzehntlang zu einem Nebenschauplatz ihrer globalen Auseinandersetzungen gemacht haben. Weltwirtschaftlich liegt ihr Stellenwert darin, daß etwa zwei Drittel aller nachgewiesenen Erdölvorkommen sich unter nahöstlichem Boden befinden. Von diesem Öl sind sowohl die westlichen Industrienationen als auch die Staaten des früheren Ostblocks, wenn auch in unterschiedlich hohem Maße, insgesamt jedoch lebenswichtig abhängig.

4. Seit Ende des "kalten Krieges" und, für die betroffenen Länder sowie die israelisch besetzten Gebieten hervorzuheben, seit Beendigung des Golfkonflikts 1990/91 werden besonders im Nahen Osten und im östlichen Teil des Mittelmeerraumes neue Überlegungen darüber angestellt, wie innere und äußere Sicherheit und Stabilität sowie wirtschaftliche und soziale Modernisierung in einem friedlichen Umfeld erreicht werden können. Eine grundlegende Schwierigkeit bei der Bewältigung dieser Aufgabe besteht darin, daß in vielen Ländern die Regierungen sich um eine demokratische Legitimation seitens der Mehrheit ihrer Bürger bemühen müssen. Die Region befindet sich in einem politischen Identifikationsprozeß, der die Chance bietet, demokratischen Wandel sowie wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt aus sich selbst heraus zu entwickeln.

Eine entscheidende Etappe auf dem Weg hierzu ist mit dem Abkommen von Camp David (September 1978) gesetzt, in dem sich Israel zur Rückgabe der Sinai-Halbinsel verpflichtet hat, was die Voraussetzung zum Abschluß des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages (März 1979) war. Die Verwirklichung des zweiten Teils von Camp David, die Herstellung eines umfassenden Friedens zwischen Israel und allen Arabern, insbesondere mit den Palästinensern, steht bis heute aus.

5. Diese politischen Rahmenbedingungen setzen wichtige Parameter für unsere Entwicklungszusammenarbeit mit der Region, auch wenn sie sich im westlichen Teil (Union des Arabischen Maghreb - UMA) und im nicht-arabischen östlichen Teil (Türkei, Iran) weniger prononciert auswirken mögen. In diesen Kontext gehört zum einen die starke Position der USA als führende politische und wirtschaftliche Macht.

Zum anderen ist vor allem für den südlichen und östlichen Mittelmeerraum die europäische Komponente hervorzuheben. Die Politik der EG und ihrer Mitgliedstaaten

zielt gleichzeitig darauf ab, partnerschaftlich auf die Erwartungen der arabischen Welt zu reagieren, mit ihnen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu kooperieren und dabei die eigenen sicherheitspolitischen, ökonomischen und kulturellen Interessen zu verwirklichen.

Die deutsche Entwicklungspolitik gestaltet diese gemeinsamen Bemühungen der westlichen Staatengemeinschaft mit. Sie unterstützt mit den ihr dafür zur Verfügung stehenden konzeptionellen und finanziellen Mitteln ihre Partner auf dem Weg zu einer dauerhaften Lösung der Probleme der Region und dient somit der Sicherung des Friedens.

6. In Verbindung mit dem durch die Konferenz von Madrid von Ende Oktober/Anfang November 1991 eröffneten Nahost-Friedensprozeß bietet sich für die Länder der Region die Gelegenheit, nach wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt zu streben und zugleich das Fundament zu einem umfassenden, dauerhaften und gerechten Frieden zu legen. Für ein solches Ziel ist eine enge und beständige Zusammenarbeit mit den atlantischen, japanischen und europäischen Partnern die erforderliche Stütze. Das internationale Verhandlungskonzept sieht ein zweigleisiges Vorgehen vor:

- bilaterale, jeweils getrennte direkte Gespräche zwischen Israel und seinen unmittelbaren Nachbarn Syrien, Libanon, Jordanien und den Palästinensern,
- multilaterale Verhandlungen über regionale Fragen. Teilnehmer sind die Länder des Nahen Ostens (mit Ausnahme von Iran, Irak und Libyen), die Palästinenser sowie außerregionale Staaten, die ein besonderes Interesse an der Region haben und zum Gelingen des Friedensprozesses beitragen können (USA und Rußland, EG und die einzelnen Mitgliedstaaten, EFTA-Mitgliedstaaten, Japan, Indien, China, Kanada).

Die multilateralen Verhandlungen finden seit Mai 1992 in fünf Arbeitsgruppen statt:

1. Rüstungskontrolle und regionale Sicherheit (Vorsitz USA, Ko-Organisator Rußland).
2. Regionale wirtschaftliche Entwicklung (Vorsitz EG, Ko-Organisatoren Japan und Rußland).
3. Wasserfragen (Vorsitz USA, Ko-Organisator EG).
4. Umwelt (Vorsitz Japan, Ko-Organisator EG und Ägypten).
5. Flüchtlingsfragen (Vorsitz Kanada, Ko-Organisator EG).

Die gemeinsamen Bemühungen stehen noch am Anfang. Sie sind für die deutsche Entwicklungspolitik in der Region jedoch von hoher Bedeutung. In ihnen spiegeln sich elementare strategische Herausforderungen wider, die größtenteils schon in der Vergangenheit zu den Schwerpunkten des partnerschaftlichen Dialogs gehört haben. Können Fortschritte im Rahmen der Rüstungskontrolle und regionalen Sicherheit noch beobachtend mitverfolgt werden, so müssen die auf die Länder und die Region bezogenen Strategien der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit auch in die vier übrigen Arbeitsgruppen einfließen. In der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) besteht Einvernehmen unter den Europäern, im Verlauf des Friedensprozesses eigene Initiativen zu entwickeln. Dies ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund unabdingbar, daß sich die Europäische Gemeinschaft und die Mitgliedsländer nicht gegen negative politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen in Nahost/Nordafrika abschotten können.

II. Armut und Überfluß in der Region, der Islam als Klammer

1. Im weltweiten Vergleich gehört die Region nicht zu den ärmsten oder besonders zurückgebliebenen Ländern der Erde. Sie ist vielmehr von extremen Ungleichgewichten z.B. in der Ausstattung der Länder mit Bodenschätzen, natürlichen Trinkwasservorkommen und in bezug auf die Staatseinnahmen geprägt. Dies schlägt sich in teilweise krassen Unterschieden im wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsstand nieder. Beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf der Bevölkerung, einem wichtigen Basisindikator, reicht die Spanne von jährlich ca. 550 US-Dollar im Jemen bis zu 19.860 US-Dollar in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Jemen und Sudan gehören als einzige Länder der Region zur Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder der Welt. In Ägypten liegt das jährliche BIP pro Kopf etwas höher als im Jemen; das Land, obwohl dreimal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland, kann seinen mittlerweile 58 Millionen Einwohnern nur ein Siedlungsgebiet von der Größe Baden-Württembergs bieten. Ein großer Teil der übrigen Länder verfügt nur in begrenztem Umfang über natürliche Ressourcen, ein kleiner Teil, vor allem am Arabisch-Persischen Golf, besitzt bedeutende Erdöl- und Erdgasvorkommen und zählt zu den reichsten Ländern der Welt. Die sozialen Probleme in der Region vergrößern sich dramatisch.

Israel und die israelisch besetzten Gebiete nehmen aus politischen Gründen unter den Staaten der Region eine Sonderstellung ein, ebenso die Türkei aufgrund ihrer laizistischen Staatsverfassung.

2. Darüber hinaus lastet erhebliches politisches Konfliktpotential auf der Region: die bilateralen Friedensgespräche zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn einschließlich der Palästinafrage, das Kurdenproblem, das Mißtrauen der Länder des Golfkooperationsrats gegenüber Irak und Iran, die wachsende Militanz islamistischer Extremisten, die Grenzdifferenzen zwischen Saudi-Arabien und Jemen sowie zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und Iran, der Saharakonflikt im westlichen Maghreb, der Bürgerkrieg im Sudan. Besorgniserregend ist der Anteil der Rüstungsausgaben an den Staatsbudgets. Der Nahe Osten einschließlich Zypern und der Türkei weist im Vergleich zu anderen Entwicklungsregionen mehr als doppelt so hohe Ausgaben für militärische Zwecke aus. Diese Mittel fehlen für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in den Ländern der Region bzw. für produktiven Einsatz außerhalb, und dies alles bei hoher Auslandsverschuldung. Es wird daher künftig besonders darauf zu achten sein, daß sich legitime nationale Sicherheitsbedürfnisse und Militärausgaben in einem angemessenen Verhältnis zueinander befinden.
3. Trotz der Unterschiede und Konflikte gibt es eine gemeinsame Klammer: In nahezu allen Ländern ist der Islam, wenn auch nicht überall in gleicher Weise, die vorherrschende Religion und - mit Ausnahme Irans, Israels und der Türkei - Arabisch die Hauptsprache. Die Religion hat die Kultur und die Gesellschaftsstrukturen nachhaltig geprägt. In der Region wächst das Bewußtsein, daß ohne interne wirtschaftliche und soziale Reformen Stabilität und innerer Frieden nicht zu erreichen sind. Emotional und auch politisch wird das Konzept einer arabischen Nation weiterverfolgt. An den Friedensprozeß werden große Hoffnungen geknüpft, auch daran, daß er mit der Schaffung neuer Wirtschafts- und Handelsbeziehungen einhergeht. Dies ist im Hinblick auf relativ kleine Märkte vieler Länder der Region überlebenswichtig.

III. Kernprobleme der Entwicklung

1. Stagnierende Volkswirtschaften

Die Wirtschaftskrise, die in den frühen achtziger Jahren begann, ist bis heute nicht überwunden. Nach zufriedenstellendem Zuwachs in früheren Jahrzehnten sanken die jährlichen wirtschaftlichen Wachstumsraten in den achtziger Jahren auf 0,5 % für die Region ab. Es gelang der Region daher trotz ihres relativen Reichtums an Ressourcen nicht, mit der Entwicklung in anderen Teilen der Welt Schritt zu halten.

Regionale Konflikte und insbesondere der 2. Golfkrieg haben diese negative Tendenz noch verschärft. Die zu hohe Außenverschuldung der ärmeren Länder der Region - dokumentiert durch immer wieder notwendige Umschuldungen - ließ private Kapitalzuflüsse versiegen und führte zu massiver Kapitalflucht. Ökonomisch rentable und für die Wirtschaftsentwicklung wichtige Investitionen unterblieben daher. Ein überdimensionierter öffentlicher Sektor übt vielfach einen lähmenden Einfluß auf privatwirtschaftliche Initiativen aus.

2. Bevölkerungszuwachs

Nach den Schätzungen der Weltbank im Weltentwicklungsbericht 1992 betrug die Gesamtbevölkerung der Region im Jahre 1990 etwa 325 Millionen. Aufgrund der hohen jährlichen Zuwachsrate von durchschnittlich über 3 %, einer der höchsten der Welt, wird errechnet, daß im Jahre 2025 dort etwa 720 Millionen Menschen leben könnten. 23 % davon entfielen allein auf den Iran, etwa 18 % auf die vier Maghreb-Länder, rd. 13 % auf die Türkei und rd. 12 % auf Ägypten. Die Menschen drängen sich auf schmalen besiedelbaren bzw. landwirtschaftlich nutzbaren Flächen sowie in städtischen Ballungsgebieten zusammen, d.h. Tragfähigkeitsgrenzen werden erreicht oder überschritten. Umweltprobleme verschärfen sich rapide. Während noch in den siebziger Jahren das Wirtschaftswachstum deutlich höher lag als das Bevölkerungswachstum, änderte sich dies ein Jahrzehnt später. Ab Mitte der achtziger Jahre überstieg - mit Ausnahme von Marokko und Tunesien - die Zuwachsrate der Bevölkerung die des BIP der Länder der Region. Notwendige makroökonomische Anpassungen wurden immer wieder verzögert oder stießen auf Ablehnung. In einigen Fällen kam es zu Revolten der Bevölkerung. Für die ärmeren Länder bedeutet das rasche Anwachsen der Einwohnerzahlen eine sehr geringe Zunahme, wenn nicht gar Abnahme des Pro-Kopf-Einkommens, falls nicht radikale Verbesserungen u.a. in der Wirtschaftsentwicklung, im Bildungsbereich und in der Gesundheitsversorgung eintreten. Die Einkommensungleichgewichte in der Region und in den einzelnen Ländern drohen sich noch weiter zu verschlechtern. Hinzu kommt ein erheblicher Druck auf die soziale Infrastruktur: Fast 42 % der 1990 in der Region lebenden Menschen gehören zur Altersgruppe der unter 15-jährigen, wengleich eine rückläufige Tendenz für die nächsten drei Dekaden vorausgesagt wird. Die Nachfrage nach Ausbildung, Arbeitsplätzen, Gesundheitsfürsorge, Wohnraum hat sich bereits jetzt dramatisch erhöht.

3. Arbeitslosigkeit und Mobilität von Arbeitskräften

Ungeachtet des hohen Bevölkerungszuwachses in der Region besteht in einigen

Ländern immer noch Nachfrage nach Arbeitskräften, in den meisten anderen jedoch ein hohes Überangebot. Verlässliches Zahlenmaterial über die Situation auf den einzelnen Arbeitsmärkten ist nicht verfügbar. Schätzungen der OECD zufolge beträgt die Arbeitslosenquote in den Ländern mit Arbeitskräfteüberschuß schon jetzt zwischen 20 und 30 % der arbeitsfähigen Bevölkerung. Aufgrund der demographischen Struktur dürfte sich die Lage in den nächsten Jahrzehnten tendenziell noch verschlechtern. Die Jugendarbeitslosigkeit nimmt vor allem in den wirtschaftlich schwachen Ländern der Region sowohl in den städtischen als auch in den ländlichen Gebieten drastisch zu. Damit schwillt das politische Unruhepotential erheblich an. Zu den Folgen des Golfkrieges zählt auch der Ausschluß von fremden Arbeitskräften in einigen Ländern mit Arbeitskräftebedarf. Betroffen davon sind insbesondere Ägypten, Jordanien, die IBG und Jemen, traditionelle "Experteure" von Arbeitskraft. Im Maghreb ist Ventil für den Arbeitsmarkt allein die hohe Migration nach Europa: In Frankreich leben - mit Familienangehörigen - schon jetzt ca. 2,3 Millionen Nordafrikaner. Unzufriedenheit, mangelnde Zukunftschancen und wachsende wirtschaftliche Disparitäten bieten fundamentalistischen Bewegungen ein willkommenes politisches Agitationsfeld zur Destabilisierung von Regierungen. Besonders im Maghreb kann es zu einer massiven Verstärkung von Auswanderungswünschen in Richtung Norden kommen. Der europäische Arbeitsmarkt ist dafür jedoch nicht aufnahmefähig genug.

4. Sozialentwicklung

Die hohen Geburten- und Arbeitslosenquoten stehen in direkter Beziehung zum Entwicklungsstand des sozialen Sektors. Von der Sonderstellung Israels abgesehen liegen z.B. Analphabetenquote unter den Erwachsenen und Kindersterblichkeitsrate, gemessen an der wirtschaftlichen Bedeutung der jeweiligen Ländergruppe, vor allem in den Ländern des Nahen Ostens, teilweise deutlich über dem Durchschnitt. Aufgrund des religiösen, gesellschaftlichen und rechtlichen Umfeldes sind Frauen trotz ihrer in vielen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen tragenden Rolle in bezug auf Bildungschancen, Verdienstmöglichkeiten und Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen fast überall benachteiligt. Durch den hohen Bevölkerungszuwachs stoßen Aufbau- und Aufrechterhaltung eines funktionierenden, flächendeckenden Bildungssystems bei den ärmeren Ländern der Region an die Grenzen der finanziellen und personellen Leistungsfähigkeit. Gleiches gilt für das Gesundheitswesen und andere Bereiche der sozialen Infrastruktur. Im Iran, Irak und Libanon wird das Problem noch durch kriegsbedingte physische und ökonomische Zerstörungen verschärft. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß rd. 5,5

Millionen Flüchtlinge in der Region leben, die höchste Flüchtlingskonzentration aller Entwicklungsregionen und etwa 30 % aller Flüchtlinge der Welt. Für die Aufnahmeländer, vor allem Sudan, Jordanien, Libanon und Iran, bedeutet dies trotz beträchtlicher internationaler Hilfe zusätzliche Belastungen.

5. Wassermangel und Umweltzerstörung

Sieht man von den Wasservorkommen in der Türkei und im Libanon ab, so verknappen sich die Ressourcen in der Region immer mehr. Zudem wird die Wassernutzung immer kostspieliger. Große Flächen des Nahen Ostens liegen in der ariden Zone. Jenseits der Jahrtausendwende wird das nutzbare Potential nicht mehr ausreichen. In wenigen Jahren wird in Ägypten die Knappheit des nicht weiter vermehrbaren Nilwassers, das 97 % des Bedarfs deckt, zum Hauptproblem des Landes werden. Fast überall müssen sich Nachbarländer Wasserressourcen teilen. Wasser wird zum kostbarsten Gut in der Region. Ansprüche auf Nutzung entwickeln sich zunehmend zu einem destabilisierenden Faktor. In vielen Fällen werden in steigendem Maße fossile Grundwasservorräte angezapft, die sich nicht erneuern. Die Region treibt auf eine Wasserkatastrophe zu, wenn sich die derzeitigen Verhaltensweisen und Politiken nicht ändern. Regionale Lösungsansätze werden unausweichlich. Auf die Landwirtschaft entfällt der höchste Anteil des Wasserverbrauchs. Ressourcenschonende Nutzung und effiziente, zukunftsorientierte Wasserbewirtschaftung sind unabdingbar. Die Tarifsysteme für den Trink- und Industrierwasserverbrauch sowie insbesondere für die Bewässerungslandwirtschaft sind durchgängig hinsichtlich Niveau und Struktur unzureichend und bei weitem nicht kostendeckend. Die Versalzung des Bodens in der Bewässerungslandwirtschaft nimmt zu, die Verschmutzung der Flüsse ebenfalls. Funktionierende Abwassersysteme sind selten vorhanden, die Abwasseraufbereitung steckt vielerorts noch in den Anfängen. An besonders intensiv genutzten Standorten kommt es zur Überdüngung landwirtschaftlicher Nutzflächen und zu erhöhter Verwendung von Schädlingsbekämpfungsmitteln und Herbiziden, deren Folge Umweltschäden sind.

Alle Maßnahmen zur Reduzierung des Wassermangels und zur Ressourcenschonung in der Umwelt werden ohne drastische Eindämmung des Bevölkerungswachses nicht nachhaltig sein.

6. Politische Partizipation, Menschenrechte

Das Spektrum der Herrschaftssysteme in der Region ist breit gefächert. Es reicht von Monarchien, in denen der Monarch letztlich jede Regierungsentscheidung selbst kontrollieren und korrigieren kann, über Präsidialregime mit stark obrigkeitstaatlichen Zügen trotz aller Bekenntnisse zur Stärkung der Demokratie bis hin zu echter Demokratie. Viele Regime haben sich durch kompromißloses Verteidigen von Privilegien etablierter Eliten gegenüber der Masse einer immer ärmer werdenden Bevölkerung isoliert und diskreditiert. Dennoch gibt es einen sich verstärkenden Trend zu mehr Partizipation der Bevölkerung an politischen Entscheidungen. Jüngstes Beispiel sind die Parlamentswahlen in Jemen. Dagegen sind die nach Beendigung der Golfkrise in Saudi-Arabien, Kuwait und Oman angekündigten Schritte zu mehr politischem Pluralismus bisher eher halbherzig verwirklicht und teilweise sogar wieder zurückgenommen worden. Eine positive Entwicklung wird sich auf Dauer nicht unterdrücken lassen, wenngleich festgestellt werden muß, daß demokratische Institutionen in der Region generell noch schwach sind. Menschenrechtsgrundsätze gemäß der Charta der Menschenrechte der Vereinten Nationen werden in vielen Ländern der Region nicht eingehalten. Die Ursachen sind vielfältig. Auch in der Entwicklungspolitik für die Region gehören das Entstehen für die Menschenrechte sowie die Förderung von Pluralismus und Demokratie zu den erklärten Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß westlich geprägte Vorstellungen von Menschenrechten und Demokratie aus historischen, kulturellen und religiösen Gründen nicht ohne weiteres auf die Länder des südlichen und östlichen Mittelmeerraumes und des Nahen Ostens, besonders des islamischen Kulturbereichs, übertragen werden können. Die enormen soziokulturellen Probleme, die durch den Modernisierungsdruck auf Wirtschaft und Gesellschaft, ein kaum gezügeltes Bevölkerungswachstum und das Übergreifen westlicher Ideologien und Lebensweisen auf die islamische Welt hervorgerufen werden, haben in den meisten Ländern der Region seit den fünfziger Jahren das Erstarken eines "politischen Islams" begünstigt, der nicht allein moralisch-ethische Ziele verfolgt, sondern die umfassende Ausrichtung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche auf das unhistorische Ideal des in islamischer Frühzeit vermuteten Gottesstaates fordert. Mit seinen regionalspezifischen und konfessionell unterschiedlichen Ausprägungen stellt der Islamismus keinen einheitlichen Block, sondern eine weitgefächerte Bewegung dar, in der sich vor allem wirtschaftliche Not und soziale Benachteiligung artikulieren. Selbst in seinem Kern stehen neben gewaltbereiten integristischen Kadergruppen, die westliche freiheitliche Werte als anthropozentrisch und unislamisch ablehnen und mit denen daher keine

Zusammenarbeit denkbar ist, aufgeklärt-fundamentalistische Kräfte, die grundsätzlich dialogbereit sind und sich um ein aus islamischen Wurzeln gespeistes Verständnis von Menschenrechten und politischer Teilhabe der Bevölkerung bemühen. Europa und mit ihm die Bundesrepublik Deutschland müssen bereit sein, sich mit anderen kulturellen Prägungen auseinanderzusetzen und diese als positiven Anreiz zur Entwicklung gemeinsamer Problemlösungsansätze zu betrachten.

IV. Entwicklungspolitischer Ansatz für die Zusammenarbeit mit den Ländern der Region

1. Größenordnung der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit

Die Region gehört zu den wichtigsten Partnern unserer Entwicklungszusammenarbeit. Die Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten bis einschließlich 1991 insgesamt rd. 31 Mrd. DM zur Verfügung gestellt. 1992 beliefen sich die Regierungszusagen der bilateralen FZ und TZ i.e.S. auf rd. 791 Mio. DM. Dies entspricht fast einem Fünftel aller bilateralen Zusagen an Entwicklungsländer im vergangenen Jahr. Von diesen Mitteln entfielen 82 % auf die FZ und 18 % auf die TZ. Der sehr hohe FZ-Anteil erklärt sich aus den Zusagen an Ägypten, Israel und die Türkei. Diese drei Länder waren mit etwas mehr als 70 % an den FZ-Zusagen für die gesamte Region beteiligt.

Zu der bilateralen kommt eine umfangreiche multilaterale Hilfe hinzu. Im Mittelpunkt stehen die mit Maghreb- und Nahostländern abgeschlossenen Finanzprotokolle der EG-Kommission. Allein für den Zeitraum 01.11.1991 bis 31.10.1996 summieren sie sich auf 2.088,9 Mio. ECU (1 ECU = 2,05 DM). Der deutsche Anteil hieran beträgt 28,6 % oder rd. 1,2 Mrd. DM.

Ebenfalls besonders zu erwähnen ist die hohe deutsche Beteiligung an den Unterstützungsmaßnahmen der Weltbank und des VN-Systems.

2. Entwicklungszusammenarbeit als Friedensbeitrag

Die Schaffung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten und eine damit einhergehende Normalisierung der politischen und ökonomischen Beziehungen der Länder der Region untereinander sind Voraussetzung für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben, vor die sich die Region gestellt sieht. Hierbei

bedarf es der Mithilfe der internationalen Staatengemeinschaft. Ohne Frieden keine Stabilität, ohne stabile politische, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse in den Ländern keine sich selbst tragende Entwicklung! Die Anstöße hierzu und auch der überwiegende Teil der Finanzierung hierfür müssen grundsätzlich aus der Region selbst kommen. Sie ist nach wie vor relativ reich an natürlichen Rohstoffen und war vor dem Golfkrieg ein wichtiger Kapitalexporteur in die OECD-Länder. Durch die Beilegung der Konflikte in der Region würden generell z.B. große Teile der bisher gebundenen immensen Rüstungsausgaben frei werden, die künftig für marktkonforme, produktive und soziale Zwecke innerhalb der Region verwendet werden könnten. Damit würde ein bedeutender Teil des Kapitalbedarfs gedeckt werden können. Es kann nicht Aufgabe der deutschen Entwicklungspolitik und der ihrer bilateralen und multilateralen Partner sein, finanziell starken Ländern die Mitverantwortung für die Finanzierung von Entwicklungsmaßnahmen abzunehmen.

Andererseits liegt es durchaus im gegenseitigen Interesse, das beträchtliche wirtschaftliche Potential und die Humanressourcen gemeinsam zu entwickeln und strukturelle Reformprozesse auf nationaler und regionaler Ebene zu fördern. Hierfür bedarf es einer engen und vertrauensvollen Kooperation auch mit den reichen Ländern der Region sowie mit den überstaatlichen Entwicklungsinstitutionen.

Das entwicklungspolitische Angebot an die Länder der Region stellt damit einen Beitrag zu ihrer friedlichen und tragfähigen Entwicklung dar, der deren eigene Anstrengungen unterstützt und insbesondere Migrationsursachen entgegenwirkt.

3. Differenziertes Angebot an die Partner

Eine Zusammenarbeit ist grundsätzlich mit allen Partnern der Region möglich, jedoch nicht überall mit den gleichen Förderungsinstrumenten. Finanzielle, Technische und Personelle Zusammenarbeit kann vor allem den Ländern gewährt werden, die diese Unterstützung besonders benötigen und innerstaatliche Reformen durchzuführen bereit sind. Dies ist bei den meisten Ländern der Fall. Auch einige reiche Ölstaaten auf der Arabischen Halbinsel profitieren in Form einer Technischen Hilfe gegen Bezahlung von unserem fachlichen Wissen und Können. Gefragt sind hier vor allem Beratungsmaßnahmen auf dem Gebiet der beruflichen Aus- und Fortbildung, um den steigenden Bedarf an einheimischen Arbeitnehmern und Beschäftigten zu decken. Israel erhält nahezu ausschließlich Kredithilfe, die israelisch besetzten Gebiete werden vorzugsweise im Rahmen der Technischen Hilfe gefördert. Mit Libyen, Irak und Iran bestehen derzeit keine entwicklungspolitischen Beziehungen.

Die multilaterale Förderung der Region z.B. über die Weltbank und Institutionen der Vereinten Nationen, an der die Bundesregierung inhaltlich und finanziell maßgeblich mitwirkt, ist auf die gleiche Zielsetzung gegründet. Sie wird sich im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Friedensprozeß im Nahen Osten voraussichtlich weiter verstärken. Auch hat die EG-Kommission mit dem Golfkooperationsrat (GCC)*) bereits einen Vertrag über eine engere Zusammenarbeit abgeschlossen.

Ebenfalls intensiviert werden müssen die gemeinschaftliche Mittelmeerpolitik der EG und die horizontale Zusammenarbeit in regionalen und ökologischen Fragen. Die Mittelmeerpolitik der Gemeinschaft ist immer noch durch eine restriktive Handelspolitik und durch ungleiche Behandlung der einzelnen Staaten in bezug auf den Zugang zum europäischen Markt gekennzeichnet. Die finanzielle Unterstützung der EG muß daher durch eine weitere Öffnung des Marktzugangs ergänzt werden. Dies hat angesichts künftig wachsender, leistungsfähiger Volkswirtschaften der Partnerländer besondere Priorität.

Schließlich wird die Entwicklungspolitik einen angemessenen Beitrag zu den Arbeitsgruppen der multilateralen Friedensverhandlungen leisten. Art und Umfang hängen vom Fortschritt des bilateralen Verhandlungsprozesses zwischen Israel und seinen Nachbarn ab.

4. **Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern der Region**

Das Verständnis einer wirksamen deutschen Entwicklungspolitik als Beitrag zu äußerem und innerem Frieden in der Region, zur Stärkung von Wirtschafts- und Sozialstrukturen, die dem Wohl der in der Region lebenden Menschen und der Sicherung ihrer Zukunft dienen, zur Festigung der traditionellen engen Beziehungen zwischen Europa und der Region und nicht zuletzt zur Intensivierung der partnerschaftlichen Abstimmung auf möglichst vielen Ebenen macht für den politischen Handlungsbedarf eine Konzentration der Zusammenarbeit auf Schwerpunktbereiche erforderlich. Diese knüpfen gleichzeitig an die dargestellten regionalspezifischen Entwicklungsprobleme an:

- (a) Bekämpfung von Armut, Arbeitslosigkeit und Migrationsursachen; Bevölkerungspolitik, Drogenfragen;
- (b) Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit, Abbau von Staatswirtschaft;

*) Dem GCC gehören Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die VAE an.

- (c) Aufbau eines effizienten und für die Länder finanzierbaren Bildungs- und Ausbildungswesens;
- (d) Förderung von Maßnahmen zu verantwortungsbewußtem Umgang mit den natürlichen Ressourcen, vor allem mit der knappen Ressource Wasser; Schutz der Umwelt;
- (e) Unterstützung bei der Schaffung und dem Ausbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen.

Auf der Grundlage der Länderkonzepte bzw. sonstigen Politikpapiere sind die sich aus den vorgenannten Schwerpunkten ergebenden Maßnahmen auf die jeweiligen Anforderungen in den Ländern auszurichten. Im einzelnen:

(a) **Bekämpfung von Armut, Arbeitslosigkeit und Migrationsursachen; Bevölkerungspolitik, Drogenfragen**

In den meisten Ländern der Region bleibt die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit, die zugleich die wichtigsten Migrationsursachen sind, ein zentrales Anliegen unserer Entwicklungszusammenarbeit. Armut ist nicht nur ein materielles, sondern auch ein kulturelles, soziales und politisches Phänomen. Armut ist im Zusammenhang mit Unfreiheit, Entwurzelung, Verfall traditioneller Sozialstrukturen und Emigration zu sehen. Auch die Bevölkerungsentwicklung kann nicht losgelöst von der sozialen und wirtschaftlichen Situation betrachtet werden, denn sie steht in vielfältigen Wechselbeziehungen zu beiden. Das Bevölkerungswachstum beeinflusst die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung (v.a. kostspielige Investitionen in die soziale Infrastruktur, unzureichende Nahrungsmittelproduktion, steigende Arbeitslosigkeit, Migrationsdruck). Die Größenordnung der Probleme erfordert ein Zusammenwirken der Länder mit der internationalen Gebergemeinschaft, soll ein Durchbruch zur Verringerung von Armut, Bevölkerungswachstum, Arbeitslosigkeit und Wanderungsbewegungen gelingen. Voraussetzung sind verstärkte, auf Armutsbekämpfung ausgerichtete Anstrengungen der Partnerländer zur Schaffung entwicklungsfördernder politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen. Hierfür wird künftig mehr bilaterale und multilaterale Förderung gewährt werden müssen, damit in wachsendem Maße die schöpferischen Kräfte der ärmeren Bevölkerungsschichten entfaltet und diese Zugang zu Bildungs- und Produktionsmitteln erhalten können. Damit muß aber auch einhergehen, daß die regionalen und internationalen Ab-

satzmärkte für Produkte aus der Region stärker als bisher geöffnet werden und eine vernünftige Lösung des Verschuldungsproblems erreicht wird.

Um dem Problem zunehmender Abwanderung vor allem jüngerer und aktiver Bevölkerungsgruppen erfolgreich begegnen zu können, muß die Politik der Partnerregierungen jedoch auch darauf gerichtet sein, die Voraussetzungen zur Entfaltung kreativer Fähigkeiten und wirtschaftlicher Betätigung für diese Menschen zu schaffen. Damit würden einerseits die für die Entwicklung der Länder dringend benötigten Kräfte gehalten und andererseits in den Aufnahmestaaten Mittel frei, die bisher - kaum entwicklungsfördernd - für Unterbringung und Unterhalt aufgewendet werden müssen. Auf eine solche Politik ist im Meinungsaustausch mit den Partnerregierungen hinzuwirken.

Bevölkerungspolitische Maßnahmen können sonstige entwicklungspolitische Anstrengungen nicht ersetzen, diese aber sinnvoll ergänzen. In vielen Ländern der Region gibt es Programme zur Reduzierung des Bevölkerungswachstums. Obwohl diese oft hinter den gesetzten Zielen zurückgeblieben sind, können gut geführte, das sozio-kulturelle Umfeld berücksichtigende Familienplanungsprogramme, insbesondere wenn sie in die Gesundheitsdienste integriert sind, einen wesentlichen Beitrag zur Senkung der Geburtenrate leisten. Wo immer eine entsprechende Bereitschaft der Empfängerländer zur Zusammenarbeit herbeigeführt und gestärkt werden kann, sollen auf multilateralem oder bilateralem Wege diese Initiativen mit Vorrang unterstützt werden.

Anzeichen sprechen dafür, daß in der Region der Anbau von Drogenpflanzen und der Drogenkonsum zunehmen. Außerdem ist ein Anstieg des illegalen Drogenhandels zu verzeichnen, in den neben der Vermarktung eigener Produkte auch der Transit externer Erzeugnisse einbezogen ist. Im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sind die Länder in ihren Bestrebungen, den Drogenpflanzenanbau sowie den Drogenkonsum und -handel zurückzudrängen, nach Kräften zu unterstützen. Hierfür geeignete Instrumente sind vorhanden, die in enger Abstimmung zwischen den Ländern, Gebern und relevanten internationalen Einrichtungen einzusetzen sind.

(b) Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit, Abbau von Staatswirtschaft

Der Grad der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung ist nicht in allen Ländern der Region gleich hoch. Eine Gruppe von Ländern, zu der die Türkei, Tunesien und Marokko gehören, ist bei den mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Strukturanpassungsprogrammen bereits wesentliche Schritte vorangekommen. Trotz spürbarer Verbesserung der makroökonomischen Bedingungen kann aber von einer durchgreifenden Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der breiten Bevölkerungsschichten in diesen Ländern noch nicht die Rede sein.

Bei dieser Gruppe kommt es vor allem darauf an, die bisherigen Anpassungserfolge zu konsolidieren, den dynamischen Privatsektor weiter aus- und den wirtschaftlichen und sozialen Rückstand in der Bevölkerung abzubauen. Dabei sind die ökologischen Erfordernisse einer Sicherung der natürlichen Ressourcenbasis zu berücksichtigen. Sowohl bilateral als auch multilateral liegt hier eine hohe Priorität in der Entwicklungszusammenarbeit.

Eine zweite Ländergruppe, für die Ägypten und Jordanien beispielhaft stehen, hat mit dem Reformprozeß begonnen und ebenfalls schon beachtliche Erfolge bei der Stabilisierung von Wirtschaft und Finanzen erzielt. Bei ihr steht im Vordergrund, den Reformkurs weiterhin beizubehalten und sektorale Strukturanpassungen, etwa auf den Gebieten der Landwirtschaft, von Handel und Industrie und der Verkehrsinfrastruktur, unter Beachtung der ökologischen Aspekte zügig voranzutreiben. Besonderes Interesse verdient die Förderung von innovativen und spezialisierungsfähigen Klein- und Mittelunternehmen wegen ihrer Beschäftigungs- und Einkommenseffekte sowie unter regionalpolitischen Gesichtspunkten.

Zur dritten Gruppe zählen die Länder, die gesamtwirtschaftliche und sektorale Strukturanpassungen erst noch einleiten müssen und bei denen die schwierigen innenpolitischen Verhältnisse eine grundlegende Besserung der Situation realistisch erst in mittelfristiger Zukunft erwarten lassen. Algerien und Jemen zählen zu diesem Kreis. Die entwicklungspolitischen Anstrengungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit werden sich daher auf die Schaffung von Basisinfrastrukturen und auf die Aus- und Fortbildung konzentrieren.

Die vierte Gruppe schließlich besteht aus ölreichen Golfstaaten, die trotz ihres hohen Volkseinkommens für ihre Entwicklung auf ausländisches Wissen und Können angewiesen sind. Im Rahmen ihrer satzungsgemäßen Aufgaben kann die Deutsche

Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH auch künftig mit Zustimmung der Bundesregierung Technische Hilfe gegen Entgelt z.B. auf dem Gebiet der beruflichen Aus- und Fortbildung oder der Beratung der Regierungen in Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung leisten. Generell geht es darum, die Länder der Region bei der Schaffung bzw. Festigung marktwirtschaftsfördernder Rahmenbedingungen und einer Wettbewerbsordnung zu unterstützen, die privatwirtschaftliche Aktivitäten anregt und begünstigt. Ein wichtiges Instrument hierfür ist der ständige Meinungs austausch mit den Partnerregierungen. Er betrifft z. B. Fragen der Strukturanpassung, der Währungs- und Kreditpolitik, der Preispolitik des Staates und der Privatisierung staatlicher Betriebe. Konkrete Beiträge zur Umsetzung von Politiken zur Veränderung von Rahmenbedingungen können vor allem durch Regierungsberatung, durch den Aufbau von Selbstverwaltungsorganisationen und Selbsthilfeeinrichtungen der Wirtschaft, durch die Förderung sog. "Joint Ventures" industrieller und gewerblicher Unternehmen sowie durch berufliche Qualifizierung geleistet werden.

(c) **Aufbau eines effizienten und für die Länder finanzierbaren Bildungs- und Ausbildungswesens**

Ein wirkungsvolles, für alle zugängliches und vor allem finanziell tragbares Bildungs- und Ausbildungswesen ist eine weitere Priorität für die Entwicklung der Länder der Region. Es ist die Grundlage ihrer wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit und die Voraussetzung für die Überwindung persönlicher Armut, für berufliches Fortkommen und für die Entwicklung demokratischer Strukturen unter Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten. Vorhaben der Grundbildung werden in einer Reihe von Ländern z. B. von der Weltbank oder anderen multilateralen Institutionen finanziert. Im Zentrum der deutschen entwicklungspolitischen Unterstützung liegen die Qualifizierung von Fach- und Führungskräften sowie die Entwicklung einer modernen, praxisbezogenen Berufsausbildung. Hinzu kommen die Stärkung von Industrie- und Handelskammern in Ländern der Region im Rahmen von Vereinbarungen mit deutschen Partnerinstitutionen, die die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der beruflichen Aus- und Fortbildung erhöhen, und umfangreiche Maßnahmen auf dem Wissenschafts- und Forschungssektor in verschiedenen Bereichen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowie des Ressourcen- und Umweltschutzes. Auch der Ausbau des Grundschulwesens in den rückständigeren und ärmeren Ländern der Region, vor allem zugunsten von Mädchen, ist im Rahmen der EZ unterstützenswert.

Eine Förderung des Auf- bzw. Ausbaus von Bildungs- oder Ausbildungsstätten kann in dieser Region sinnvollerweise jedoch nur insoweit vertreten werden, als die Empfängerregierungen willens und in der Lage sind, entsprechende Finanzmittel für Personalkosten und laufenden Betrieb zur Verfügung zu stellen. Einrichtungen, die die Finanzkraft der Nehmerseite überfordern, kommen für die Einbeziehung in die Entwicklungszusammenarbeit nicht in Betracht.

(d) **Förderung von Maßnahmen zu verantwortungsbewußtem Umgang mit den natürlichen Ressourcen, vor allem mit der knappen Ressource Wasser; Schutz der Umwelt**

Ein großer Teil der in der Region lebenden Menschen ist auf traditionelle Energiequellen wie Brennholz sowie tierische und pflanzliche Abfälle angewiesen. Die Zunahme des Primärenergieverbrauches hält unvermindert an. Mit Ausnahme der erdölexportierenden Länder müssen alle übrigen Staaten der Region zur Deckung der binnenwirtschaftlichen Energienachfrage Erdöl, ihren wichtigsten Energieträger, in steigendem Maße importieren. Je nach der Entwicklung des Rohölpreises wirkt sich die Importabhängigkeit mehr oder minder stark auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung aus. Im Energiesektor ist eine angemessene Preispolitik von besonderer Bedeutung.

Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit ist es, künftig in größerem Umfang als bisher Maßnahmen zur Reduzierung des Brennholzverbrauchs und zur Wiederaufforstung früherer Waldflächen zu fördern, durch fachliche Beratung zu schonendem Umgang mit der nicht erneuerbaren Ressource Erdöl bzw. Erdgas beizutragen, Reformschritte bei der Energiepreispolitik zu fördern und die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen in der Region vorantreiben zu helfen. Erfolgversprechende Pilotvorhaben laufen bereits in einigen Ländern. Sie kommen über den nationalen Bedarf hinaus auch als Ansätze für eine Süd-Süd-Kooperation in Betracht. In einigen Ländern der Region (z. B. Türkei, Marokko) erwirtschaftet der Bergbausektor erhebliche Einnahmen durch Rohstoffexporte. Daher genießen Vorhaben, die den schonenden Abbau nicht erneuerbarer Rohstoffe begünstigen und gleichzeitig im Umfeld des Abbaus Wasser, Luft und Boden (z. B. durch Rekultivierung) schützen, vorrangige Bedeutung.

Entscheidend für das Überleben künftiger Generationen in der Region ist jedoch die schonende, verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Nutzung und Bewirtschaftung der sich immer mehr verknappenden Wasservorräte.

In diesem Bereich müssen auch in Zukunft die Schwerpunkte der deutschen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit mit der Region liegen. Neben Maßnahmen zur Verbesserung der Datenbasis kommen insbesondere für die Förderung in Betracht:

- Strukturelle Reformen im Hinblick auf eine effiziente Wasserbewirtschaftung, Aufstellung von Wassernutzungsplänen, insbesondere bei grenzüberschreitenden Wasserressourcen durch die betroffenen Regierungen und gestützt auf internationale Verträge;
- Stärkung von Trägerstrukturen, Personalqualifizierung, Technologietransfer;
- Maßnahmen zur Verringerung von Wasserverlusten in Leitungssystemen von Ballungsräumen;
- Vorhaben der Wassereinsparung bei allen Nutzern durch angemessene Tarifsysteme, Wasseraufbereitung und -wiederverwendung, Schutz des Wassers vor Verunreinigungen durch private, gewerbliche und industrielle Nutzer.

Einzelne Länder der Region haben sich zum Teil sehr aktiv an der VN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) beteiligt und die Umsetzung der "Agenda 21" in die Wege geleitet. Dabei gilt es sie nachdrücklich zu unterstützen. Besondere Bedeutung kommt Beratungsprogrammen zu, die auf die Einbeziehung der Umweltdimension in alle relevanten Politikbereiche abzielen und dabei auf eine wirkungsvolle Kombination ordnungspolitischer Regelungen (z.B. Bodenrecht, Normen und Grenzwerte) sowie wirtschafts- und finanzpolitischer Steuerungsinstrumente (z.B. kostengerechte Versorgungstarife, Steueranreize) hinwirken. Dies gilt auch bei der Beteiligung an Strukturanpassungsprogrammen.

In der Landwirtschaft sowohl der fortgeschrittenen als auch der ärmeren Länder der Region ist auf eine nachhaltige ressourcenschonende Landnutzung hinzuwirken. Der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln hat standort- und kulturartenspezifisch, damit ökologisch vertretbar zu erfolgen. Eine umweltverträgliche Landnutzungsplanung, der Schutz von Wassereinzugsgebieten sowie Maßnahmen zur Erosionsbekämpfung und zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit sollten ebenfalls stärker gefördert werden. Der internationale Verhaltenskodex für den Vertrieb und die Anwendung von Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln sollte als Grundlage für den Einsatz von Chemikalien herangezogen werden. Nationale und

regionale Agrarforschungssysteme sind zu fördern, um die erforderlichen Beratungsinhalte für die ländlichen Nutzergruppen zu erarbeiten, zu erweitern und abzusichern.

Insbesondere in den fortgeschrittenen Ländern sollten Ansatzpunkte für eine umweltorientierte Förderung im produktiven Sektor genutzt werden. Im Infrastrukturbereich geht es um die Steigerung der Effizienz vorhandener und den Aufbau moderner, leistungsfähiger, energiesparender Verkehrs- und Transportsysteme sowie die Nutzung erneuerbarer Energiequellen. Im Industriesektor besteht ein bedeutender Spielraum für die Einsparung und rationelle Verwendung von Rohstoffen und Energie. Beispiele sind das Recycling von Nebenprodukten und Abfällen sowie die Umstellung auf schadstoffärmere Brennstoffe, vor allem Erdgas.

Diese Maßnahmen dienen auch zur Umsetzung der "Agenda 21" und der Klimakonvention. Soweit ein Partner die Mehrkosten, die aufgrund der Einhaltung strenger Umweltstandards und der Anwendung effizienter Energietechnologie entstehen, noch nicht tragen kann, ist die Möglichkeit einer Übernahme dieser Mehrkosten aus der FZ zu prüfen.

(e) Unterstützung bei der Schaffung und dem Ausbau demokratischer Strukturen

Die in der islamischen Welt bestehende Bereitschaft, die Thematik Freiheit, Demokratie und Menschenrechte anzusprechen, muß aufgegriffen werden. Westliche Demokratievorstellungen haben dabei eine Leitbildfunktion. Die Würde des Menschen, Schutz der Menschenrechte sowie die Herrschaftsbegrenzung und politische Partizipation sind wichtige Prioritäten.

Die Grundfrage, die sich für eine moderne islamische Gesellschaft stellt, ist die nach einer Synthese zwischen traditioneller islamischer Ordnung und Fortschritt. Der Islam hat von Anfang an die geistlich-religiöse Zielsetzung mit einer Anleitung zu gesellschaftlich-politischem Verhalten und Handeln verbunden. Der unmittelbare Zusammenstoß mit dem Westen hat sowohl das individuelle Leben der Muslime als auch den gesellschaftlichen und politischen Rahmen erschüttert.

Für die deutsche Entwicklungspolitik eröffnet sich ein sehr wichtiges, in der Region bisher kaum wahrgenommenes Aktionsfeld. Es geht dabei um die verstärkte Identifizierung und Inangriffnahme geeigneter partnerschaftlicher Vorhaben. Anknüpfungspunkt werden insbesondere die oftmals schwierigen sozialen Verhältnisse in den jeweiligen Ländern sein. Die Ergänzung staatlicher Projekte um demokratiefördernde

Komponenten kann in geeigneten Fällen ebenso in Betracht kommen wie eine entsprechende Politikberatung bei sektoralen Strukturreformen, die bis auf die Dorfebene durchschlagen. Auch sind Formen und Foren für intensive Rechts- und Verfassungsgespräche über Fragen von Menschenrechten, Freiheit, demokratischer Partizipation sowie Rechtssicherheit und deren Zusammenhang mit wirtschaftlicher Entwicklung verstärkt zu suchen und auszubauen. In diesem Zusammenhang ist auch die Verbesserung der politischen und rechtlichen Stellung von Minderheiten anzusprechen.

Besonders qualifizierte Partner für diese Art der Zusammenarbeit dürften auf deutscher Seite nicht-staatliche Institutionen wie die politischen Stiftungen und andere private Träger sein.

Positive Ergebnisse erfordern angesichts der Sensibilität dieses komplexen Bereichs sowohl Geduld und Beharrlichkeit als auch ein über das übliche hinausgehendes Maß an Aufgeschlossenheit, Achtung und Verständnis.

Angesichts der hohen Rüstungsausgaben in der Region sollen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit auch Anreize zur Demobilisierung und Abrüstung gegeben werden.

5. Geberkoordinierung und Beitrag des nicht-staatlichen Bereichs

Angesichts der länderspezifischen und regionalen Herausforderungen wird die Bundesregierung auch künftig auf eine möglichst enge, aufeinander abgestimmte Zusammenarbeit zwischen Empfängerland und bilateralen sowie multilateralen Gebern großen Wert legen. Für einige Länder gibt es etablierte Formen der Koordination wie Weltbankberatungsgruppen (z.B. Ägypten, Jordanien) oder einen von UNDP geleiteten "Runden Tisch" (Jemen). Für den Mittelmeerraum hat die EG-Koordinierung eine besondere Bedeutung. Im Rahmen ihrer "Neuen Mittelmeerpolitik" verfolgt die EG ähnliche Schwerpunktaufgaben wie sie auch für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit gesetzt werden: Umwelt- und Ressourcenschutz, Diversifizierung der Landwirtschaft, Unterstützung von Strukturanpassungsmaßnahmen, Zusammenarbeit zur Steuerung des Bevölkerungswachstums sind die Sektoren, die in den von der EG mit fast allen Mittelmeerdrütländern geschlossenen 4. Finanzprotokollen aufgeführt werden. Ferner will die EG vermehrt solche Aktionen fördern, die über den Rahmen eines Landes hinausgehen (horizontale Kooperation). Doch auch darüber hinaus existieren vielfältige Möglichkeiten gegenseitiger Information und Absprache vor Ort und in internationalen Gremien (z. B. UNRWA), die

im Hinblick auf eine möglichst wirksame Verwendung der Entwicklungshilfemittel noch stärker als in der Vergangenheit genutzt werden müssen.

Da nicht-staatliche Organisationen und private Akteure nicht unwesentlich zur Mobilisierung des Entwicklungspotentials einzelner Länder und Regionen beitragen können, gilt es, sie in die Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen. Deutsche nicht-staatliche Organisationen (politische Stiftungen, - soweit einheimische christliche Minderheiten vorhanden sind - kirchliche und sonstige private Träger) steuern in einer Reihe von Ländern über ihre einheimischen Partner, die unterprivilegierte Bevölkerungsgruppen unterstützen, zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und zur Förderung des Selbsthilfewillens bei. Durch ihr spezielles Wissen und ihren besonderen Zugang zu armen Menschen können sie ihre Mittel in aller Regel besonders wirksam einsetzen. Sie stärken aber auch einheimische Mittlerorganisationen wie politische Parteien, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Genossenschaften und Selbsthilfegruppen und leisten durch einen weitgespannten Erfahrungsaustausch mit ihren lokalen Partnern einen immer wichtigeren Beitrag zur gesellschaftlichen, politischen, sozialen und auch wirtschaftlichen Entwicklung der Region.

V. Zusammenfassung

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit den Partnern im Nahen Osten und im südlichen und östlichen Mittelmeerraum fügt sich in den Gesamtrahmen regionaler Herausforderungen und Sicherheitsinteressen ein. Sie berücksichtigt die weltpolitische und weltwirtschaftliche Bedeutung der Region vor allem vor dem Hintergrund des arabisch-israelischen Konflikts, der räumlichen und politischen Nähe zu Europa und der Suche der Länder nach innerer und äußerer Sicherheit und Stabilität wie nach wirtschaftlicher und sozialer Modernisierung in einem friedlichen Umfeld. Das Regionalkonzept zeigt Ansätze für einen entwicklungspolitischen Beitrag zum Abbau der Spannungen der Länder untereinander und innerhalb der Länder auf. Es versteht sich als Brücke zwischen den entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung und den länderspezifischen Politikpapieren des BMZ. Die Region war bereits in der Vergangenheit ein Hauptpartner unserer Entwicklungsbeziehungen, in deren Rahmen die Eigenanstrengungen der Empfängerländer bei der Überwindung ihrer Entwicklungsprobleme unterstützt werden sollen. Das Konzept sieht für die Zukunft eine noch stärkere Konzentration auf Schwerpunkte vor. Im Vordergrund sollen Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut, Arbeitslosigkeit und Migrationsursachen, im wirtschaftspolitischen Bereich, im Rahmen der Bevölke-

rungepolitik und auf dem Drogensektor, im überlebenswichtigen Wasser- und Umweltbereich sowie nicht zuletzt zur Schaffung und zum Aufbau demokratischer Strukturen stehen. Gleichzeitig soll der Friedensprozeß im Nahen Osten auch mit Mitteln der Entwicklungspolitik aktiv gefördert werden.

Tabelle 1

Bevölkerungswachstum und Projektionen a)

Land	Bevölkerung in Mio.		Jährl. Wachstumsrate b)		Altersstruktur (%)			
	1990	2025	1980/90	1989 - 2000	0 - 14 J.		15 - 64 J.	
					1990	2025	1990	2025
Marokko	25	47	2,6	2,4	40,8	25,7	55,6	68,0
Tunesien	8	14	2,3	1,9	37,8	23,4	58,1	68,5
Algerien	25	52	3,0	2,8	43,6	25,7	52,7	68,5
Libyen	5	14	4,1	3,6	46,0	39,5	51,6	56,7
Ägypten	52	86	2,4	1,8	39,2	24,4	56,6	67,6
Sudan	25	55	2,7	2,8	45,2	33,6	52,2	62,5
Israel	5	8	1,8	3,3	31,2	21,0	59,9	65,5
IBG c)	-	-	-	-	-	-	-	-
Libanon c)	-	-	-	-	-	-	-	-
Syrien	12	35	3,6	3,6	48,2	34,3	49,1	61,8
Jordanien	3	10	3,7	3,8	45,4	39,7	52,1	56,8
Türkei	56	91	2,4	1,9	34,8	23,4	60,9	67,6
Irak	19	48	3,6	3,4	46,5	32,0	50,8	63,6
Iran	56	166	3,6	3,4	44,4	40,0	52,6	55,9
Saudi-Arabien	15	43	4,7	3,7	45,5	36,3	51,9	59,1
Kuwait	2	4	4,4	2,9	35,6	21,1	63,0	64,9
Jemen	11	37	3,1	3,7	48,7	44,2	48,2	54,1
Oman	2	5	4,7	3,9	46,3	36,8	51,3	58,5
Katar c)	-	-	-	-	-	-	-	-
Bahrain c)	-	-	-	-	-	-	-	-
VAE	2	3	4,3	2,2	30,8	22,2	67,5	60,7
Region insges.	323	718						
aufgerundet um Schätzungen c)	325	720						

a) Quelle: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1992b) Durchschnitt der Jahre 1980 - 1990, Projektion der Jahre 1989 - 2000

Tabelle 2Auslandsverschuldung a)

	Auslandsschuldenstand 1991		
	in Mrd. US-\$	in % vom BSP	in % der Exporte
Marokko	21,2	80,0	255,5
Tunesien	8,3	66,2	137,2
Algerien	28,6	70,4	199,3
Libyen b)	-	-	-
Ägypten	40,6	130,2	280,0
Sudan	15,9	221,7	2.742,6
Israel b)	-	-	-
IBG	-	-	-
Libanon	1,9	-	-
Syrien c)	16,4	118,1	301,2
Jordanien	8,6	225,3	283,4
Türkei	50,2	48,1	194,7
Irak b)	-	-	-
Iran	11,5	10,8	67,7
Saudi-Arabien b)	-	-	-
Kuwait b)	-	-	-
Jemen	6,4	58,1	292,5
Oman	2,7	28,6	-
Katar b)	-	-	-
Bahrain b)	-	-	-
VAE b)	-	-	-

a) Quelle: 1. Weltbank, Weltschuldentabellen 1992/93,
2. Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1992

b) keine Angaben in Weltbankstatistik

c) Angaben für 1990